

INHALT

Freihandel

Hohe Schutzstandards in der EU müssen erhalten bleiben. **S. 2**

Wohnen

Die Fraktion will mehr soziales und vielfältiges Wohnen. **S. 3**

Krankenhäuser

Neben der Fusion der Kliniken sind weitere Schritte nötig. **S. 4**

Frühzeitige Infos zu Bauvorhaben

BremerInnen sollen sich künftig frühzeitig und leicht zugänglich über wichtige Bauvorhaben mit öffentlicher Beteiligung informieren können. Das sieht ein Antrag vor, den die Koalition auf Initiative der Grünen-Fraktion in die Bürgerschaft eingebracht hat. Eine sogenannte Vorhabenliste soll die Bauprojekte verständlich darstellen: Dazu gehören neben einer Kurzbeschreibung der Bauvorhaben die entsprechenden politischen Beschlüsse, der aktuelle Umsetzungsstand, weitere Planungsschritte und die kalkulierten Kosten. Diese Zusammenstellung wichtiger Planungsvorhaben in der Hansestadt soll u.a. auf einer übersichtlich gestalteten Internetseite erfolgen. Die Vorhabenliste schafft mehr Transparenz. Die BürgerInnen sollen so die Möglichkeit erhalten, sich bei größeren Bauprojekten von Beginn an aktiv einzubringen.

Kita und Schule enger verzahnen!

Mit der Einschulung beginnt für Kinder ein neuer Lebensabschnitt. Veränderte Tagesabläufe, neue Bezugspersonen, ein ungewohntes Umfeld – ein Schulkind zu werden ist spannend, kann aber auch Angst machen oder überfordern. Wie sich Probleme bei der Umstellung besser vermeiden und der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule nahtloser gestalten lassen, war jüngst Thema beim Fachtag ‚Brücken bauen‘. Dazu hatte die Grünen-Fraktion ausgewiesene Fachleute eingeladen. Über 250 TeilnehmerInnen diskutierten im Plenum und in Workshops darüber, wie Kita und Schule noch enger verzahnt werden können.

Nach einer ersten bis Redaktionsschluss erfolgten Auswertung steht für die Grünen u.a. fest: Die Sprachförderung soll überprüft werden und als Schlüssel zu Bildung möglichst früher beginnen. Außerdem setzt sich die Fraktion für einen gemeinsamen Bildungsplan von Kindergarten und Grundschule ein. Nicht zuletzt sollen die beiden Ressorts für Soziales und Bildung mindestens eine einheitliche und verbindliche Arbeitsstruktur schaffen, um gemeinsam den Übergang von der Kita zur Grundschule für die Kinder weiter zu verbessern.

„Je besser die Kindergartenkinder auf ihr erstes Schuljahr vorbereitet werden, desto höher sind ihre Bildungschancen. Wenn der Übergang zur Grundschule reibungslos verläuft und freudig erlebt wird, schafft das Vertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit. Es geht dabei aber nicht um die Verschulung von Kindergarten. Ein Kind lernt nicht, weil es ein bestimmtes Alter erreicht hat, sondern weil es sich interessiert. Entscheidend



ist deshalb, dass Kinder ermutigt und inspiriert werden. Dazu gehört eine optimale Förderung und enge Abstimmung über Institutionsgrenzen hinweg. Jedes Kind muss dort abgeholt werden, wo es steht. Die in Bremen bereits vorhandenen Ansätze von Kooperationen wollen wir stärker verzahnen. Dafür müssen die Bildungsziele von Kindergarten und Schule noch enger aufeinander abgestimmt und verbindliche Strukturen geschaffen werden“, so die bildungspolitische Sprecherin Sülmez Dogan und der kinderpolitische Sprecher Stephan Schlenker.

Mehr zum Thema: www.gruene-fraktion-bremen.de/themen-a-z/bildung/fachtag-bruecken-bauen.html

Geheimniskrämerei beenden!

Freihandelsabkommen: Europaweite Standards im Verbraucherschutz, Umweltschutz und bei Sozialrechten dürfen nicht in Frage gestellt werden.

Die EU-Kommission und USA verhandeln derzeit über ein Freihandelsabkommen (TTIP) – größtenteils hinter verschlossenen Türen. Worauf es am Ende ankommt, erläutert der europapolitische Sprecher Hermann Kuhn.

Drohen durch das geplante Freihandelsabkommen hohe Standards im Umwelt-, Verbraucher- und Gesundheitsschutz unter die Räder zu kommen?

Hermann Kuhn: Viele Menschen und Organisationen haben zu Recht große Befürchtungen. Das erklärte Ziel eines Freihandelsabkommens ist ja, dass die jeweils geltenden Standards in den USA und der EU möglichst nicht mehr als Hindernis für den Handel wirken. Die Frage ist: Müssen wir dann Produkte auf unseren Märkten zulassen, die aus gentechnisch veränderten Organismen bestehen? Fleisch von Tieren, denen Wachstumshormone verabreicht oder die geklont wurden? Chlor-Hühnchen? Müssen Stoffe zugelassen werden, die bei uns durch die Chemikalienverordnung verboten oder eingeschränkt wurden? Bei uns gilt das Prinzip, dass die Hersteller die Unschädlichkeit von Produkten nachweisen müssen; in den USA dürfen dauerhafte

„Wir müssen ganz genau abwägen, was wir uns für TTIP einhandeln würden.“

Hermann Kuhn

Verbote nur ausgesprochen werden, wenn die Schädlichkeit bewiesen ist. Wird da ein „Kompromiss“ auf niedrigerem Niveau ausgehandelt? Und was bedeutet eine weitere Öffnung der Märkte für die US-Lebensmittelindustrie für unsere bäuerliche Landwirtschaft? All das sind mehr als berechtigte Fragen und Sorgen. Dazu kommt noch der Plan, die bereits existierenden Abkommen zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten in das Freihandelsabkommen zu integrieren. Wird durch diese Schlichtungsverfahren außerhalb der normalen Rechtsprechung nicht das Recht der EU ausgehebelt, Standards auch in Zukunft souverän zu setzen? Können Investoren schon durch die Androhung von Schadensersatzklagen bessere Gesetze

verhindern, indem sie z.B. androhen, ein Moratorium für Fracking zu beklagen?

Befürworter des Abkommens betonen positive Effekte wie Wirtschaftswachstum und zusätzliche Arbeitsplätze: Ist das realistisch?

Die Befürworter eines neuen Freihandelsabkommens zwischen den USA und der EU argumentieren mit Studien, die einen Aufschwung des Handels und in der Folge einen Wohlstandsgewinn auf beiden Seiten des Atlantiks vorhersagen. Aber selbst die Zahlen dieser optimistischen Vorhersagen bewegen sich eher nahe dem Promillebereich und sind ziemlich spekulativ. Prinzipiell ist es natürlich positiv, wenn überholte und diskriminierende Handelshemmnisse aus dem Weg geräumt werden. Auch für die bremische Industrie und die Häfen kann das positiv sein. Aber wir müssen ganz genau abwägen, was wir uns dafür einhandeln würden.

Bisher geht's bei den Beratungen größtenteils geheim zu. Würde nicht mehr Transparenz guttun?

Die Geheimniskrämerei ist gegenwärtig der Knackpunkt überhaupt. Die Geheimdienste und damit einige Regierungen wissen alles über die Standpunkte der EU; die Bürgerinnen und Bürger aber wissen nichts. Die Kommission beklagt sich, dass die Diskussion von Befürchtungen und Verdächtigungen beherrscht wird und schwört, sie würde keine Standards aufgeben wollen. Wenn das so ist, muss sie doch die europäische Öffentlichkeit durch Informationen für sich mobilisieren – und nicht, wie derzeit, gegen sich. Allerdings beginnt sie umzudenken: sie hat eine 14-köpfige Beratergruppe aus sehr unterschiedlichen Bereichen eingesetzt – wenn auch wieder zur Vertraulichkeit verpflichtet; und sie will die Öffentlichkeit zu den Investor-Staat-Streitigkeiten befragen. Also der Druck wirkt, wir müssen da weiter machen!

Welche Kernforderungen an ein mögliches Freihandelsabkommen haben die Grünen?

Meine Kernforderungen an die Verhandlungen und ein mögliches Ergebnis sind: Erstens Öffentlichkeit, zweitens Transparenz,

drittens Möglichkeiten zur Einflussnahme und Mitwirkung der Öffentlichkeit. Das muss am Ende dazu führen, dass folgende Bedingungen erfüllt werden:

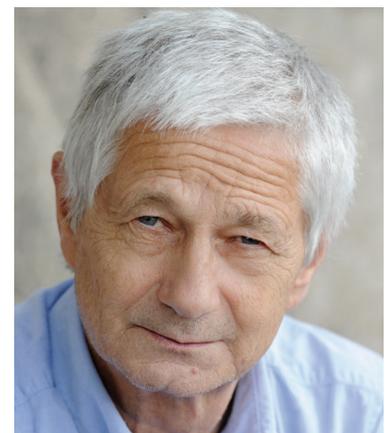
1. Ein Freihandelsabkommen darf nicht dazu führen, dass das gegenwärtige Niveau von europaweiten Standards im Verbraucherschutz, Natur- und Umweltschutz, bei Arbeitnehmer- und Sozialrechten jetzt oder in Zukunft in Frage gestellt wird.

2. Die europäische Landwirtschaft darf nicht unter einen Druck gesetzt werden, der zu noch mehr industrieller Massenproduktion führen würde.

3. Unser Verständnis kommunaler Daseinsvorsorge und ökologisch und sozial verantwortlicher Vergabe darf nicht durch erzwungene Marktöffnungen ausgehöhlt werden.

4. Die souveräne Entscheidung der EU-Mitgliedstaaten, Recht zu verändern und Regulierungen zu verschärfen, darf nicht durch Investor-Staat-Streitschlichtungsmechanismen außer Kraft gesetzt werden.

Vor allem an diesen Punkten würde ich gegenwärtig ein Ergebnis messen. Der Bundesrat und damit auch das Land Bremen müssen ja am Ende der Ratifizierung zustimmen. Damit Bremen seine Haltung zu den genannten Punkten präzisiert, haben wir mit einer Großen Anfrage den Anfang gemacht. Jetzt folgt die Konsultation der EU zur Frage, ob für die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investor und Staat das normale Rechtssystem nicht völlig ausreicht. Wir werden uns daran mit einer Stellungnahme beteiligen.



Hermann Kuhn,
europapolitischer Sprecher



Wohnen in Bremen

Sozial gemischt und bezahlbar

Damit Studierende sich weiterhin das Viertel leisten oder auch alte Menschen mit niedriger Rente die Mietwohnung in Schwachhausen bezahlen können, setzt Bremen die sog. ‚Mietpreisbremse‘ um. Um die Mieten wirksam in Schach zu halten, sind aber auch mehr Sozialwohnungen nötig. Deshalb fordert die Fraktion in einem Positionspapier die Fortschreibung des Wohnraumförderprogramms. Zudem soll Bremen gemeinwohlorientierte Wohnprojekte von Genossenschaften und Baugemeinschaften stärker unterstützen.

In besonders beliebten Bremer Stadtteilen wird preiswerter Wohnraum zunehmend knapp. Die Nachfrage übersteigt das Angebot. Folge: Bei Mieterwechseln wird die Miete oft kräftig erhöht. Die höheren Mieten bei Neuverträgen treiben das Mietniveau mittelfristig insgesamt nach oben – Menschen mit geringerem Einkommen würden so aus besonders begehrten Stadtteilen verdrängt. Um das zu vermeiden, führt Bremen jetzt die ‚Mietpreisbremse‘ ein. Damit werden Mieterhöhungen auf höchstens 10 Prozent der ortsüblichen Vergleichsmiete beschränkt. „Auch Menschen mit wenig Geld müssen die Möglichkeit haben, in attraktiven Lagen zu leben. Sie dürfen nicht an den Stadtrand verdrängt werden. Wir wollen, dass Bremen eine Großstadt mit sozial gemischten Stadtteilen bleibt. Dafür ist die Mietpreisbremse

ein wichtiges Instrument. Sie ist aber kein Allheilmittel. Um den Anstieg der Mieten abzumildern, muss auch mehr Wohnraum entstehen. Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Politik, Verwaltung und Wohnungswirtschaft“, betont die sozialpolitische Sprecherin Susanne Wendland.

Die Grünen wollen den Wohnungsbau u.a. mit der Fortsetzung des erfolgreich laufenden Wohnraumförderungsprogramms vorantreiben. Jede vierte Wohnung, die im Rahmen dieses Programms entsteht, muss im unteren Preissegment vermietet werden. Das entspricht einer Sozialwohnungsquote von 25 Prozent. Davon muss wiederum ein Fünftel speziell an Wohnungslose, Flüchtlinge und Großfamilien vergeben werden. „Neben dem Neubau von Sozialwohnungen kann auch der Ankauf von Belegungsrechten ein wirksames Mittel sein, um den Bestand an Sozialwohnungen kurzfristig zu erhöhen“, so Susanne Wendland. Um die soziale Mischung der Quartiere besser zu fördern, soll es mittelfristig zudem flexible Projekte zur Unterbringung geben. So könnten je nach Bedarf z.B. Studierende und Flüchtlinge gemeinsam oder wechselnd in Wohnanlagen leben.

Um die soziale Spaltung der Stadt zu vermeiden, ist auch die kommunale Wohnungsgesellschaft Gewoba in der Pflicht. „Die Gewoba bietet bereits viele günstige Wohnungen an. Wir wollen, dass sie dabei

eine noch stärkere Rolle spielt. Mit frei werdenden Investitionsmitteln soll vorrangig Wohnraum für Leistungsbezieher, GeringverdienerInnen, Studierende und Flüchtlinge geschaffen werden“, unterstreicht Susanne Wendland.

Die Gewoba kann aber auch als Kooperationspartnerin für gemeinwohlorientierte Projekte dienen, die neue Wohnformen ermöglichen. Die Bedingungen für Projekte, die ökologische und soziale Ansprüche umsetzen, müssen verbessert werden. „Gemeinschaftliche Bauvorhaben und Wohnprojekte sind alles andere als eine ‚Spielwiese‘. Sie sind eine ernsthafte Form der Alterssicherung. Neben gezielter Beratung müssen wir auch beim Planungsrecht bessere Voraussetzungen schaffen. Beim Verkauf öffentlicher Flächen gilt es, auch andere Kriterien als den Höchstpreis zu berücksichtigen. Um eine Kultur für Wohnprojekte zu schaffen, muss die Stadt dafür Grundstücke vergünstigt und quotiert anbieten. Für die Stadtentwicklung können derartige Projekte ein Gewinn sein. Denn sie strahlen auf ihr Umfeld aus und tragen so zur Lebendigkeit der Quartiere bei“, erklärt der baupolitische Sprecher Carsten Werner.

Das ausführliche Positionspapier ‚Soziales Wohnen und Bauen in Vielfalt‘ findet sich auf der Fraktionshomepage: www.gruene-fraktion-bremen.de

Straftaten mit K.O.-Tropfen

Entschlossenes Handeln nötig

Vergewaltigung, sexueller Missbrauch, Raub – das sind Straftaten, die mittels K.O.-Tropfen an willenlos gemachten Opfern begangen werden. Unter den Opfern sind auch Männer. Am häufigsten trifft es jedoch Frauen und Mädchen, denen die Täter z.B. in der Disco die auch ‚Liquid Ecstasy‘ genannte Droge ins Getränk mischen. Die Zutaten für diese Alptraumdroge wie Gamma-Hydroxy-Buttersäure (GHB) und Gamma-Butyrolacton (GBL) werden für Medikamente bzw. als Lösungsmittel in der Industrie eingesetzt. Beide Substanzen sind über das Internet bisher leicht zugänglich. Das muss gesetzlich stärker beschränkt werden. Darauf drängt die Grünen-Fraktion mit einem Bürgerschaftsantrag ebenso wie auf ein höheres Augenmerk von Schulen, Polizei und MedizinerInnen für das Thema.

„Die Verfügbarkeit von GHB muss per Gesetz wirksam eingeschränkt werden, GBL im Produktionsprozess durch alternative Substanzen ersetzt werden. Derzeit kommen Kriminelle viel zu leicht an diese Substanz heran. Zugleich sollen PolizistInnen und medizinisches Personal noch stärker für das Thema sensibilisiert werden, damit sie auf die Anzeichen von K.O.-Tropfen richtig reagieren. Nicht zuletzt muss in den Schulen kontinuierlich über den Missbrauch dieser Vergewaltigungsdroge aufgeklärt werden. Der Frauennotruf leistet dabei bereits sehr gute Arbeit. Der beste Schutz ist, in der Disco, Kneipe oder auf der Party jederzeit auf sein Getränk aufzupassen“, betont der innenpolitische Sprecher Björn Fecker.



Warum Achtsamkeit der wirksamste Schutz ist, machen die Eigenschaften von K.O.-Tropfen deutlich: Man kann sie meist nicht sehen, nicht riechen und nicht schmecken. Die Opfer merken zunächst nur, dass ihnen übel und schwindelig wird – als hätten sie ausschließlich zu viel getrunken. Die Tropfen machen willenlos und leicht manipulierbar, die Bewusstlosigkeit setzt erst nach einer Stunde oder später ein. Diese Wirkungsweise erklärt, warum Täter ihre Opfer relativ einfach an einen anderen Ort bringen können. Nach dem Erwachen haben die Opfer häufig keine oder eine sehr bruchstückhafte Erinnerung. Die Betroffenen

haben oft nur das vage Gefühl, dass es zu einem sexuellen Übergriff oder einer Vergewaltigung gekommen ist.

„Aus Angst, dass ihnen niemand glaubt oder ihnen ein zu hoher Alkoholkonsum unterstellt wird, vertrauen sich die meisten Betroffenen niemanden an. Die bleibende Ungewissheit ist aber sehr belastend. Wir wollen dazu ermutigen, selbst beim leisesten Verdacht umgehend eine Ärztin oder die Notfallambulanz aufzusuchen. Denn GHB ist nur höchstens zwölf Stunden im Urin nachweisbar. Zur Unterstützung können sich Mädchen und Frauen auch an den Frauennotruf wenden“, so Björn Fecker.

Kliniken unter einem Dach

Die vier städtischen Krankenhäuser sind künftig nicht mehr eigenständige Unternehmen, sondern sollen bis zum Spätsommer unter dem Dach der kommunalen Gesellschaft Gesundheit Nord (GeNo) verschmolzen werden. Das Ziel: Der städtische Klinikverbund mit seinen gut 7000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von über einer halben Milliarde Euro soll durch die Fusion betriebswirtschaftlich besser steuerbar werden. Die Grünen-Fraktion bewertet das als einen ersten Schritt, dem allerdings weitere folgen müssen.

„Neben der Fusion ist auch die Stärkung der Verantwortung in den Bereichen Budget und Personal in den vier Kliniken vorgesehen.

Das individuelle Profil der städtischen Krankenhäuser muss erhalten und die Behandlungsqualität für die Bevölkerung weiterhin gesichert werden“, unterstreicht die gesundheitspolitische Sprecherin Kirsten Kappert-Gonthier. Die Veränderung der Gesellschaftsstruktur allein ist aus Sicht der Grünen nicht die Lösung. „Um die kommunalen Krankenhäuser auf sichere Beine zu stellen, muss auch das Zukunftskonzept rasch mit Leben gefüllt werden. Außerdem ist die medizinische Schwerpunktbildung nötig, die in ein Gesamtkonzept mit den anderen Kliniken in Bremen und im Umland sowie mit dem ambulanten Sektor eingebettet werden muss“, so Kirsten Kappert-Gonthier.

Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20, 28195 Bremen

Tel.: 0421 /3011-0

E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de

ViSdP: Matthias Makosch

Texte: Matthias Makosch

Fotos: Elisa Meyer, iStockphoto,
Matthias Makosch

Druck: Geffken & Köllner, Bremen